

Zur politischen Gestaltbarkeit von Jugend – politische Jugendbildung im 15. Kinder- und Jugendbericht

PROF. KLAUS SCHÄFER — STAATSEKRETÄR A. D. UND PROF. DR. WOLFGANG SCHRÖER — UNIVERSITÄT HILDESHEIM

Seit nunmehr fast einem Jahr ist der 15. Kinder- und Jugendbericht veröffentlicht und er wird intensiv diskutiert. Mit der Kernbotschaft Jugend ermöglichen ist es das Ziel des Berichts, eine neue gesellschaftspolitische Aufmerksamkeit für die Jugend hervorzurufen. Dabei hat sich die Jugendberichts-kommission auch dem Thema politische Bildung zugewandt. Sie will darauf aufmerksam machen, dass es – angesichts der „Ruhe“ um die politische Jugendbildung – einer „ernsthaften wie nachhaltigen, auf jeden Fall aber einer verstärkten politischen Bildung“ im Jugendalter bedarf (BMFSFJ 2017, S. 471).

Dabei übersieht die Kommission nicht die in zahlreichen unterschiedlichen Ausprägungen vorhandene politische Jugendbildung. Im Gegenteil, es wird gerade auf die – insbesondere in der Kinder- und Jugendarbeit – vorhandenen konkreten Erfahrungen hingewiesen. Es geht dem 15. Kinder- und Jugendbericht aber darum, angesichts der sozialen Veränderungen im Jugendalter die politische Jugendbildung neu in den Vordergrund der Jugendpolitik zu rücken. Jugendpolitik ist davon abhängig, wie junge Menschen diese mitgestalten und selbst erfahren können.



Prof. Klaus Schäfer und Prof. Dr. Wolfgang Schröer (Foto: Bildschön)

JUGENDPOLITIK UND DIE JUGEND

Das Jugendalter – dies zeigen die vielschichtigen Analysen des Berichts – hat sich in unserer Gesellschaft verändert. Maßnahmen der Sozial- und Bildungspolitik, aber auch der Außen-, Innen- und Verteidigungspolitik haben in den vergangenen 20 Jahren die Lebenslage Jugend neu formiert. Zu denken ist dabei an die Schulpolitik, die Sozialen Dienste am Arbeitsmarkt, die Europa- und Migrationspolitik oder auch das Aussetzen der Wehrpflicht – man könnte die Liste noch verlängern. Augenscheinlich ist, dass in diesen Politikfeldern Jugend politisch umgestaltet wurde und politische Botschaften an die Jugendlichen gesendet wurden, die aber auch zu Irritationen führten. So haben es beispielsweise junge Menschen durchaus verstanden, dass sie – soweit sie unter 25 Jahre

alt sind – stärker als ältere Menschen durch die Jobcenter zu sanktionieren sind. Zudem ist das lange vertretene Credo in der Bildungspolitik, Schule und auch Studium würden zu lange dauern, vielfach in schulpolitische Initiativen übersetzt worden, die zu einem schnelleren Durchlaufen der Qualifikationskarriere animieren sollten. Vieles leuchtet nicht ein und passt auch nicht mit anderen Herausforderungen im Jugendalter zusammen, das sich – wie die Gesellschaft auch – im Wandel befindet.

Wichtig ist nun hier nicht eine singuläre Bewertung dieser einzelnen Initiativen, sondern vielmehr die Beobachtung, dass all diese Maßnahmen als „verstreute“ Jugendpolitik wahrgenommen werden können, die aber weder als Jugendpolitik reflektiert noch von jungen Menschen mitgestaltet werden konnten. Mit anderen Worten: Jugend ist in den vergangenen

20 Jahren durch ganz unterschiedliche Maßnahmen politisch (um-)gestaltet worden, doch welche „Lebenslage Jugend“ daraus hervorgegangen ist und wie junge Menschen ihr alltägliches Jugendlichsein leben und ein „Teilhabenkönnen“ erfahren, ist kaum – und schon gar nicht mit ihnen – diskutiert worden.

Der 15. Kinder- und Jugendbericht arbeitet diese Entwicklungen auf und zeichnet ein Bild der Jugend zu Beginn des 21. Jahrhunderts nach, das in vielerlei Hinsicht politischen Aufforderungscharakter hat und – gerade, weil es auch um die Kristallisationspunkte „Freiräume“ und „Teilhabe“ geht – eine Neupositionierung der politischen Jugendbildung für dringend notwendig hält.

KERNHERAUSFORDERUNGEN DES JUGENDALTERS – JUGEND IST MEHR ALS QUALIFIKATION

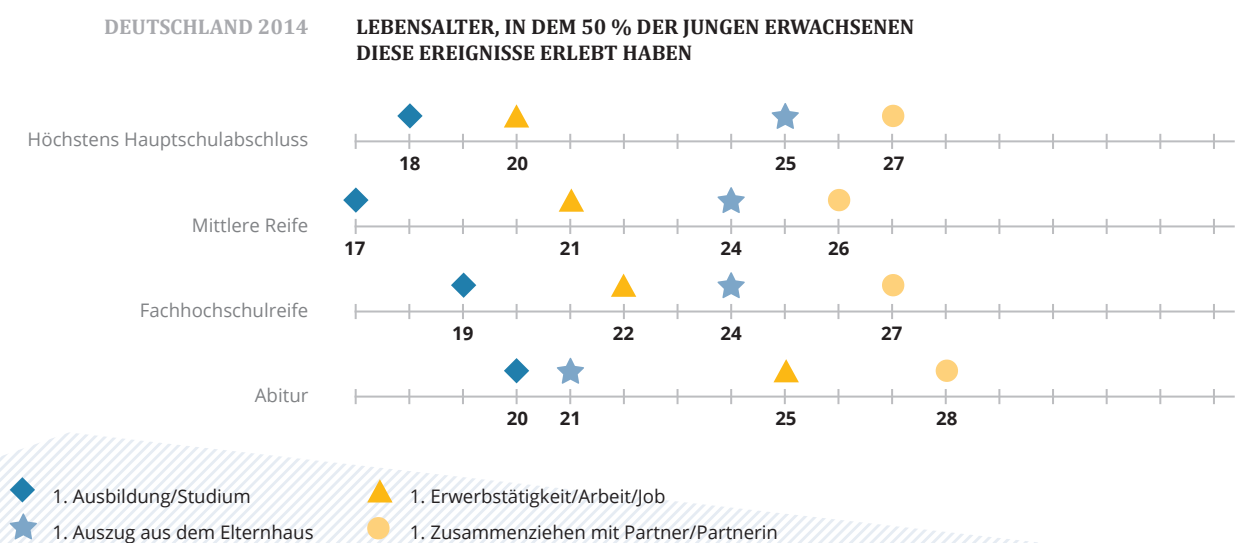
Grundlegend wird im 15. Kinder- und Jugendbericht das Bild der Jugend als Moratorium zwischen dem vierzehnten und achtzehnten Lebensjahr revidiert. Es wird auf die Entgrenzung des Jugendalters hingewiesen. Jugend ist heute ein Lebensalter, das einen Zeitraum von fast 15 Jahren umfassen kann – zwischen dem zwölften und siebenzwanzigsten Lebensjahr,

ohne dass der Anfang und das Ende klar definierbar sind. Wer heute über Jugend spricht, muss also auch über das junge Erwachsenenalter reden. Allein die folgende Grafik aus dem Jugendbericht belegt bereits, dass zentrale Eckdaten des Jugendalters sich weit im dritten Lebensjahrzehnt verteilen.

Doch nicht nur die lebenszeitliche Verortung von Jugend ist in ihrem Wandel wahrzunehmen, sondern auch die sich daraus ergebende Frage, wie wir in unserer Gesellschaft das Jugendalter mit Erwartungen, Anforderungen, Chancen und sozialen Möglichkeiten „aufladen“ Die oben angesprochenen politischen Initiativen zeigen deutlich, dass wir die Ansprüche an die Jugend intensiviert haben und der soziale Modus der gesellschaftlichen Integration, der mit dem Jugendalter verbunden wird, die jungen Menschen heute vor allem in einen Wettbewerb um Bildungszertifikate (Brown 2004) platziert.

In diesem Zusammenhang weist der 15. Kinder- und Jugendbericht deutlich darauf hin, dass Jugend mehr ist als ausschließlich Qualifikation. Nur auf die Qualifizierung zu blicken wäre verkürzt, denn junge Menschen sind in unserer Gesellschaft ebenso mit den Kernherausforderungen der Verselbstständigung und Selbstpositionierung konfrontiert. Diese drei Herausforderungen lassen sich nicht voneinander trennen oder gegeneinander ausspielen. Doch im institutionellen Gefüge des Aufwachsens erleben die jungen Menschen diese Kernherausforderungen mitunter versäult nebeneinander,

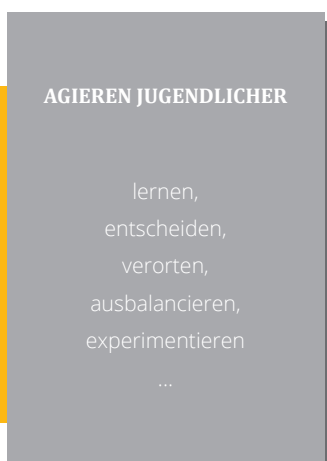
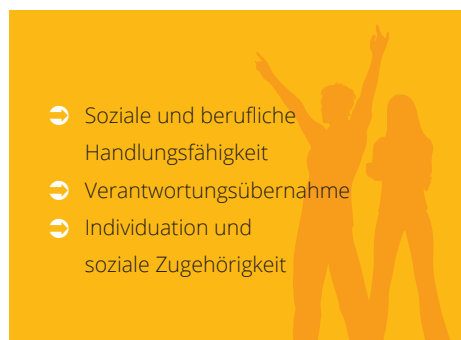
ABBILDUNG 1 Alter beim ersten Erreichen verschiedener Lebensereignisse junger Erwachsener (in Jahren) nach dem angestrebten bzw. erreichten Schulabschluss · Quelle: BMFSFJ 2017, S. 179



DJI-Survey, AID:A II 2014, nach Berngruber 2015a, S. 56

ABBILDUNG 2 Jugend als gesellschaftlicher Integrationsmodus · Quelle: BMFSFJ 2017, S. 97

**GESELLSCHAFTLICH-FUNKTIONALE
ZUSCHREIBUNGEN AN DAS JUGENDALTER**



**KERNHERAUSFORDERUNGEN
DES JUGENDALTERS**



z. B. wenn die Schule und berufliche Ausbildung auf Qualifizierung oder die Erziehungshilfe nur auf Verselbstständigung reduziert wird.

Entgrenzung meint in diesem Zusammenhang daher auch, dass wir heute neue Verflechtungen zwischen Qualifizierung, Verselbstständigung und Selbstpositionierung im Jugendalter beobachten können. Die zeitlichen Grenzen von Jugend reichen entsprechend nicht nur in das dritte Lebensjahrzehnt hinein, sondern im persönlichen Leben der jungen Menschen beobachten wir Entgrenzungen und neue Verflechtungen von Ausbildung, Arbeit, Freiräumen, Wohnen, Freizeitgestaltung und nicht zuletzt – politischer Beteiligung.

Wenn wir die Jugend politisch gestalten und dieses Lebensalter neu betrachten wollen, dann geht es in diesem Kontext auch um unterschiedliche Wege und Ressourcen junger Menschen in ihrer Verselbstständigung, um unterschiedliche soziale Chancen und Begrenzungen, sich selbst zu positionieren und soziale Zugehörigkeiten zu gestalten.

Der 15. Kinder- und Jugendbericht fordert auf den unterschiedlichen Ebenen der Kommunen, Verbände, in den Schulen, in den Ländern und im Bund zu diskutieren, wie wir jungen Menschen ermöglichen, diese Kernherausforderungen – Qualifizierung, Verselbstständigung und Selbstpositionierung – zu meistern und zu gestalten. Er plädiert geradezu, „Jugend zu ermöglichen“, d. h. sich bewusst zu machen, dass zum Beispiel soziale Gerechtigkeit im Jugendalter kein Selbstläufer ist. Jugend bleibt eben nicht immer so, wie sie einmal war. „Jugend zu ermöglichen“ enthält einen politischen Auftrag an eine neue kohärente Politik, damit sie nicht weiter in den unterschiedlichen Politikfeldern diffundiert.

**POLITISCHE JUGENDBILDUNG –
EIN ZENTRALES ANLIEGEN DES 15. KINDER-
UND JUGENDBERICHTS**

Es stellt sich aber die Frage, wer heute „Jugend“ wie gestaltet und wer daran wie beteiligt wird. Systematisch verbunden mit dieser Aufforderung, Jugend neu wahrzunehmen und sie wieder hinter der Bildungs-, Sozial-, Innen-, Außen-, Verteidigungspolitik etc. hervorzuholen, ist für die Sachverständigenkommission die Forderung, die politische Jugendbildung zu stärken und vor allem angesichts der Veränderungen des Jugendalters neu zu profilieren. Es geht bei der politischen Jugendbildung um mehr als nur um das Kennenlernen der politisch-parlamentarischen Strukturen oder um die Bereitstellung eines Wahlomats. Es geht darum zu erfahren, wie der Alltag und damit auch Jugend politisch gestaltet werden und wie darauf bezogene politische Entscheidungen entstehen und vollzogen werden. Vor allem geht es darum, soziale Gelegenheitsstrukturen zu schaffen, dass sich junge Menschen dazu ins Verhältnis setzen und positionieren können.

Dabei stellt der Bericht heraus, dass Jugend ein offenes Verständnis von Politik hat und dieses nicht auf Regierungshandeln, Parteipolitik oder Politik in den parlamentarischen Gremien begrenzt werden kann. Politische Jugendbildung beginnt daher z. B. dort, wo junge Menschen Konsequenzen von Politik „spüren“. Eine solche politische Bildung hat sich mit der Komplexität politischer Gestaltung auseinanderzusetzen und diese mit den jungen Menschen in ihrem Alltag konkret zu erschließen und nicht nur Positionen im Modus von „gefällt mir“ oder „gefällt mir nicht“ abzufragen. Es geht um konkret erfahrbare Zugänge, durch die junge Menschen die politische Kultur des institutionellen Gefüges des Aufwachsens mitgestalten können.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, welches Bild von Jugend in der politischen Jugendbildung vorherrscht und wie die politische Jugendbildung die Diversität des Jugendalters zum Ausgangspunkt nimmt. Junge Menschen fühlen sich ganz unterschiedlichen sozialen und politischen Positionierungen zugehörig. Doch wir gehen in der politischen Jugendbildung nur selten von der Frage aus, mit wem sie sich solidarisieren und politisch engagieren, wo sie ihre alltäglichen Gestaltungsthemen sehen. Welche Vorstellungen von Qualifizierung, Verselbstständigung und Selbstpositionierung sie in ihren ganz unterschiedlichen Lebenslagen und Erfahrungen im institutionellen Gefüge des Aufwachsens und mit den Machtverhältnissen in unserer Gesellschaft haben. So wird gegenwärtig viel über Partizipation junger Menschen diskutiert, doch Beteiligung setzt voraus, dass man die Institutionen und den Alltag als gestaltbar empfindet. Beteiligung muss auch eine Entscheidungsbezogenheit haben. Erst dann wird sie von jungen Menschen auch ernst genommen. Es ist an der Zeit, den jungen Menschen ein deutliches Signal zu geben, dass sie Ressourcen erhalten, um mitgestalten zu können.

Die *Entdeckung der Gestaltbarkeit von Gesellschaft* lautete z. B. die Überschrift eines Buches, das Adalbert Evers und Helga Nowotny 1987 vorgelegt haben und das – aus unserer Sicht – für die Jugendpolitik weiterhin bedeutsam ist. In diesem Buch wird darauf hingewiesen, dass politische Beteiligung und Engagement vor allem dann entstehen, wenn die sozialen Zusammenhänge als gestaltbar erfahren werden. Evers und Nowotny bezeichnen es als die eigentliche Leistung der Sozialpolitik, dass „in den Begriffen des ‚weniger von‘ und der geringeren/verweigeren ‚Teilhabe an‘ historisch definierten sozialen und kulturellen Gütern, Werten, Rechten eine Fülle konkreter Dinge in aller Schärfe erst real verhandelbar und sichtbar“ wurden (Evers/Nowotny 1987, S. 161).

Was bedeutet dieses nun für die politische Jugendbildung? Letztlich heißt es, dass Jugendliche erfahren können müssten, dass das Jugendalter politisch gestaltet wird und vor allem gestaltbar ist. Dabei geht der Bericht keinesfalls von einer unpolitischen Jugend aus. Das Gegenteil ist der Fall, wenn man sich die Befunde insgesamt anschaut. Doch gleichzeitig ist eine „soziale Spaltung“ in der politischen Beteiligung festzustellen. Denn es sind die Jugendlichen mit hoher Bildung – und entsprechenden sozialen Hintergründen –, die sich in den organisierten Kontexten engagieren können (BMFSFJ 2017, S. 230).

Die Leistung und Aufgabe der politischen Jugendbildung wäre es entsprechend, dass sie jungen Menschen in unterschiedlichen Milieus transparent macht, wo sie ganz konkret im institutionellen Gefüge des Aufwachsens über das „Mehr“ oder „Weniger“ an sozialer Teilhabe und über die sozialen Bedingungen des Jugendalters verhandeln können.

Jugendliche müssen erfahren können, dass ihre Beteiligung nicht nur gefordert wird, sondern Jugend z. B. in den Kommunen, in den Verbänden, im Land und im Bund, aber auch darüber hinaus gestaltbar ist.

Von diesem Punkt kann man noch einmal auf die politischen Entscheidungen blicken, die in den vergangenen Jahren das Jugendalter mitgeprägt haben. Dies waren vor allem bildungspolitische Entscheidungen sowie Arbeitsmarktreformen. Zudem hat auch das Aussetzen der Wehrpflicht das Jugendalter mitgeprägt. Wie werden diese Veränderungen im Jugendalter erfahren und wie wird mit Jugendlichen darüber verhandelt? Öffnen wir den jugendpolitischen Blick noch weiter und fragen, über welche Ressourcen welche jungen Menschen mitbestimmen dürfen und in welchen Kontexten Räume geöffnet sind, um ganz konkret über ein „Mehr“ oder „Weniger“ verhandeln zu können. Wie diskutieren wir die Absenkung des Wahlalters und vor allem wie sichern wir – oder versuchen es wenigstens – Partizipationsprojekte so zu gestalten, dass die Entscheidungen Jugendlichen auch zeitnah nachvollziehbar werden? Denn ohne Frage besteht ein Beteiligungsdilemma in dieser Hinsicht.

Jugendpolitik ist somit gerade heute, wo sie sich neu profiliert, auf den Prüfstand zu stellen. Es ist zu prüfen, welchen Jugendlichen und welchen Gruppen Räume der Aushandlung geöffnet werden, wie viel Demokratie mit Jugendlichen heute wie gewagt wird. Bereits Anfang der 1990er-Jahre hat Axel Honneth (1992) einige Prüfkriterien formuliert, wenn eine weitere Demokratisierung angestrebt wird. Auf die Jugendpolitik übertragen, würde es bedeuten:

- ➔ Zunächst – erstens – wäre transparent zu zeigen, wie innerhalb der etablierten Entscheidungsprozesse die politische Teilhabe von jungen Menschen gestärkt werden kann und welche Veränderungen dies für die Rechte von Jugendlichen in den Organisationen – Schule, Ausbildung, Soziale Dienste – bedeuten würde.
- ➔ Zweitens gilt es, die soziokulturellen und motivationalen Ressourcen für eine weitere Demokratisierung und mehr Entscheidungsspielräume von jungen Menschen offenzulegen. Wer will dies eigentlich wirklich und hat welches Interesse daran? Ist dieses in den unterschiedlichen Kontexten erwünscht oder muss es erstritten werden?
- ➔ Drittens wäre ein machttheoretischer Realismus einzuführen, mit dem schließlich eine politische und ökonomische Überprüfung der Konzepte eingefordert werden kann. Es macht demnach wenig Sinn, überall Partizipation zu fordern, wenn den Jugendlichen nur begrenzte politische und ökonomische Gestaltungsspielräume zugestanden werden sollen. Das enttäuscht eher, als dass es nützt.

AUCH DAS GEHÖRT ZUR POLITISCHEN JUGENDBILDUNG: RECHTE VON JUGENDLICHEN DEUTLICHER FORMULIEREN

In den 1970er-Jahren und Anfang der 1980er-Jahre wurde Jugend noch als „Gestalter von Zukunft“ gesehen. *Jugendprotest im demokratischen Staat* Anfang der 1980er-Jahre führte noch zu intensiven kontroversen Auseinandersetzungen darüber, wie Jugend sich in gesellschaftliche Prozesse einbringen kann und politisch ernst genommen wird. Dies erscheint heute anders. Ein erster Schritt – um die Situation wieder zu ändern – wäre wohl getan, wenn die Rechte von Jugendlichen transparenter formuliert wären. Heute unterscheiden sich die Rechte von Jugendlichen erheblich in den jeweiligen Kontexten. Die Beteiligungsrechte in der Schule, Ausbildung, Kinder- und Jugendhilfe, im Übergangssystem oder in der Behindertenhilfe sind kaum miteinander vergleichbar und jeweils anders gestaltet.

Eine jugendpolitische Bildung, die junge Menschen dazu einlädt, das Jugendalter als politisch gestaltet wahrzunehmen und ihnen Erfahrungen eröffnen will, sich an der Gestaltung des Jugendalters zu beteiligen, sollte darum zunächst die Rechte und Spielräume von Jugendlichen in unserer Gesellschaft transparent machen. Dies bedeutet aber, konkret zu machen, welche Rechte Jugendliche und junge Erwachsene haben.



ÜBER DAS AUTORENTEAM

PROF. KLAUS SCHÄFER, Staatssekretär a. D., Honorarprofessor an der Universität Bielefeld, stellv. Vorsitzender der Sachverständigenkommissionen für den 14. und 15. Kinder- und Jugendbericht, langjähriger Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ und Mitarbeiter im Jugendministerium Nordrhein-Westfalen für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe.

DR. WOLFGANG SCHRÖER ist Professor am Institut für Sozial- und Organisationspädagogik der Universität Hildesheim. Er ist Vorsitzender der Jury zur Vergabe des Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreises 2018 und damit ständiger Gast im Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ.

Gegenwärtig ist es aber so, dass niemand – auch die Fachvertreterinnen und -vertreter nicht – im Dschungel von Übergangssystem, Bildungsinfrastruktur, Kinder- und Jugendhilfe etc. durchblicken kann, welche Rechte Jugendliche und junge Erwachsene wie verwirklichen können. Wie sollen da die jungen Menschen wissen, worauf sie sich berufen und verlassen können und wo sie mitgestalten können? Darum brauchen wir eine neue Diskussion um die Rechte von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Rechte für Jugendliche und junge Erwachsene müssen sich eigenständig auf die Herausforderungen des Jugendalters zu Beginn des 21. Jahrhunderts in unserer Gesellschaft beziehen. Es ist an der Zeit, eine Diskussion darüber zu führen, wie – so paradox es klingt – die politische Jugendbildung jugendpolitischer werden kann und wie „Jugend“ als Gestaltungsmoment einer demokratischen Gesellschaft offensiv positioniert werden kann. Dies bedeutet nicht, dass junge Menschen nur Jugendpolitik machen sollen, aber es ist schon merkwürdig, wenn sie gerade von der Jugendpolitik ausgeklammert werden.

LITERATUR

Brown, P. (2004): **Gibt es eine Globalisierung positionalen Wettbewerbs?**, in: Mackert, J. (Hg.): *Die Theorie sozialer Schließung*. Wiesbaden, S. 233–256.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2017): **15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland**. Berlin. Online unter <http://www.bmfsfj.de/15-kjb> [Zugriff am 13.11.2017].

Evers, A./Nowotny, H. (1987): **Über den Umgang mit Unsicherheit. Die Entdeckung der Gestaltbarkeit von Gesellschaft**. Frankfurt a. M.

Honneth, A. (1992): **Soziologie. Eine Kolumne; Konzeption der „civil society“**, in: *Merkur* 514.

Schröer, W. (2017): **Jugendpolitische Bildung – zur (Wieder-) Entdeckung der Gestaltbarkeit von Jugend**, in: *Hessische Jugend*, Nr. 2., S. 10–11.